



**INFO | 2018**



### **Liebe GNU-Mitglieder und GNU-Interessierte, (Petra Peitz)**

im vergangenen Jahr hat sich die GNU sehr dafür eingesetzt, das Thema Flächenverbrauch ins öffentliche und politische Bewusstsein zu bringen. Zur Deckung unserer Bedürfnisse „Nahrung und Kleidung“ benötigen wir in Europa bereits deutlich mehr Ackerboden als uns zur Verfügung steht. Dies wurde 2017 durch das Projekt Weltacker in Halle-Künsebeck dargestellt. Für unsere vielen weiteren Bedürfnisse brauchen wir noch zusätzliche Flächen unserer begrenzten Erde. Um mit diesen sparsamer und verantwortungsvoller umzugehen, gibt es bereits einige Ideen wie das Bauen in die Höhe und Tiefe mit Tiefgaragen oder Parkdecks, mit Gründächern und Fassadenbegrünungen. Eine konsequente Umsetzung dieser Konzepte sehen wir aber selten. Deshalb haben wir eine Veranstaltung organisiert, bei der Vertreter der Industrie- und Handelskammer, der Landwirtschaft, Planer und Genehmigungsbehörden sowie Interessierte zu einem regen Austausch hierüber zusammenkamen. Hierzu sowie über weitere Engagements der GNU, bei denen das Thema „Flächenverbrauch“ eine Rolle spielte, berichten wir in dieser Info.

Des Weiteren informieren wir über die Anstrengungen der Stadt Gütersloh zum Klimaschutz, welche wir im Klimabeirat begleiten. Damit die ehrgeizigen, aber erforderlichen Ziele erreicht werden können, ist jeder einzelne aufgefordert, mitzuwirken! Für den Klimaschutz wäre auch ein attraktiver Öffentlicher Nahverkehr, insbesondere für Pendler, wichtig. Deshalb haben wir die Fahrgastzahlen des Ende 2014 eingeführten „Neuen Bus-systems“ hinterfragt.

Die Fa. Tönnies und der Sonderabfallentsorger Zimmermann haben Anträge zur Kapazitätserweiterung gestellt. An den Genehmigungsverfahren hierzu hat die GNU teilgenommen und sich für die Belange des Schutzes der Umwelt und des Menschen eingesetzt.

Der Wildbienenenschutz ist ein Dauerbrenner in der GNU. So konnten wir neue Wildbienenstände bauen und unsere Nisthölzer mit gutem Erfolg verkaufen. Dennoch nimmt das Insektensterben weiter zu. Deshalb wollen wir dieses Thema im Jahr 2018 weiter vertiefen.

Unseren Lesern wünschen wir eine informative Lektüre.

### **Bericht zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Gütersloh**

**(Petra Peitz)**

Die GNU nimmt seit 2015 am 2x im Jahr tagenden Klimabeirat der Stadt Gütersloh teil. Dort wird die Umsetzung des städtischen Klimaschutzkonzeptes verfolgt und kann mitgestaltet werden. Ziel ist es, die CO<sub>2</sub>-Emissionen durch verschiedene Maßnahmen bis zum Jahr 2022 um 20 % zu senken. Dabei gilt das Jahr 2011 als Basisjahr mit 9 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Einwohner. Hier möchten wir einen Überblick über die bisherigen Anstrengungen geben.

#### **Ziel Ausbau der Erneuerbaren auf 30 % des Strombedarfs**

Im Jahr 2011 betrug der Anteil der Erneuerbaren insgesamt 17,9 %. Dazu trug das Holzheizkraftwerk Pfeleiderer mit 15,4 % bei, Photovoltaikanlagen mit 1,4 % und Windkraftanlagen mit 1,1 %. Eine Erhöhung auf 30 % ist laut dem Klimaschutzkonzept durch den Bau von 5 neuen Windkraftanlagen mit je 3 MW Leistung und einer Vervielfachung der Photovoltaikleistung (von 15 MW auf 60 MW) möglich. Nach einem sehr aufwendigen Verfahren zur Ermittlung von geeigneten Flächen für neue Windkraftanlagen wurden 3 neue Windenergieanlagen durch die Stadtwerke Gütersloh (SWG) mit jeweils 2,5 MW errichtet. Das Ausbaziel für Windkraftanlagen ist damit zur Hälfte erreicht. Einem weiteren Ausbau stehen derzeit allerdings höhere Hürden durch Änderungen im Planungsverfahren (Ausschreibungsverfahren und neuer Windenergieerlass) sowie wirtschaftliche Gründe entgegen. Für den ehrgeizigen Ausbau der Photovoltaikanlagen (PV) war vorgesehen, Gewerbetreibende zu gewinnen, da dort große Dachflächen zur Verfügung stehen und ein großer Teil des Stroms verbraucht wird. Die Resonanz ist bisher jedoch schlecht. Als Gründe werden zu lange Amortisationszeiten angegeben, weil Gewerbetreibende Strom längerfristig zu noch relativ günstigen Bezugskosten erwerben können. Deshalb gilt es nun, die Möglichkeiten des PV-Ausbaus auf städtischen Liegenschaften und im Privatbereich auszuschöpfen. In diesem Jahr wurden auf 3 Schulen neue Solaranlagen errichtet. Durch den Abzug der Briten bieten sich demnächst weitere Optionen an. Privatpersonen können über das Solardachkataster im Internet einsehen, ob ihr Dach für eine PV-Anlage geeignet ist.

#### **Ziel Steigerung des Anteils der Stromerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 %**

Mit Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen wird gleichzeitig Wärme (oder Kälte) und Strom produziert. 2011 betrug der Anteil der KWK am Gesamtstrombedarf 18,2 %, wozu mit 17,7 % hauptsächlich das Heizkraftwerk von Mohndruck beitrug. In der Nähe befindet sich auch das Heizkraftwerk Pfeleiderer. Hier geht noch Abwärme durch den Schornstein, die genutzt werden kann. Voraussetzung ist ein weiterer Ausbau des Wärmenetzes. Prüfungen

hierzu laufen. Im kleineren Maßstab ist der Ausbau von Blockheizkraftwerken, z. B. für Verwaltungsgebäude, Gewerbebetriebe, Mehrfamilienhäuser oder vernetzte Gebäude interessant. Die Stadtwerke und der Bauverein Gütersloh haben in den letzten Jahren gute Erfahrungen in diesem Bereich gesammelt. Auch im städtischen Klinikum wird der Einsatz eines Blockheizkraftwerkes geprüft.

### **Ziel Der Stromverbrauch für Haushalte soll um 5 % sinken und bei Gewerbetreibenden nicht steigen**

Die Stromerzeugung ist nach wie vor mit dem Ausstoß hoher CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden. Energiespareffekten auf der einen Seite, z. B. durch LED-Lampen und hocheffiziente Pumpen, stehen zusätzliche Verbräuche entgegen, z. B. durch Wärmepumpen, Elektroautos und IT-Produkte. Der Stromverbrauch sollte deshalb – auch vor dem Hintergrund des Ausbaus der Stromtrassen - gut unter Kontrolle gehalten werden und Strom gespart werden, wo es geht. Um die Ziele des Klimaschutzkonzeptes zu erreichen, muss der Stromverbrauch bei Gewerbetreibenden trotz Kapazitätserweiterungen gleich bleiben. In Haushalten sind Einsparungen von 5 % bis 2022 vorgesehen. Auf der GNU-Homepage haben wir Vorschläge zum Energiesparen für Haushalte vorgestellt, mit denen dieses Ziel gut zu erreichen ist. Auch können Sie hier prüfen, ob Ihr Stromverbrauch hoch, mittel oder niedrig ist.

### **Ziel Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Wärmebedarf auf 15 %**

Der Anteil der Erneuerbaren (Solarthermie, Wärmepumpen, Holzpellets) am Wärmebedarf betrug 2,4 % im Jahr 2011. Ursache hierfür ist zunächst einmal der hohe Wärmebedarf an sich durch einen sehr hohen Bestand an Gebäuden, die viel Energie zum Heizen brauchen. Energetische Sanierungen sind deshalb sehr wichtig. Ob Sie viel oder wenig Energie zum Heizen brauchen, können Sie über die Homepage der Stadt Gütersloh prüfen. Hier können Sie einen Heizspiegel herunterladen und Ihren Energieverbrauch vergleichen. Wer sein Haus sanieren möchte, findet vielfältige Beratungs- und Fördermöglichkeiten. Damit Sanierungsmaßnahmen unabhängig und professionell begleitet werden können, wurde vom Klimabeirat die Errichtung der Stelle eines Sanierungslotsen beschlossen. Darüber hinaus sollen die Käufer einer Gebrauchtimmoblie beim Erwerb über die Sanierungserfordernisse und Fördermöglichkeiten informiert werden. Die Stadtwerke Gütersloh planen in den nächsten Jahren die Sanierung von 3 Wohnquartieren (Blankenhagen, Miele-Siedlung, am Anger/Sundernstraße).

Des Weiteren müssen auch die Heizungen klimafreundlicher werden und sehr viele solarthermische Anlagen, Wärmepumpen und Pelletkessel installiert werden. Hierzu gibt es regelmäßig Informationsveranstaltungen durch die Stadt und den Klimatisch.

Durch den Bau einer Holzpelletanlage im städtischen Gymnasium soll eine hocheffiziente Klimaschutzmaßnahme umgesetzt werden. Hierdurch können 80 % der bisherigen CO<sub>2</sub> Emissionen rechnerisch kompensiert werden. Auch die Abwärmenutzung des Pfeleiderer-Kraftwerks würde zum Ausbau der Erneuerbaren am Wärmebedarf beitragen.

### **Ziel Förderung des Fahrradverkehrs, des ÖPNV und der Elektromobilität**

Der Verkehr ist ein wesentlicher Verursacher von klima- und gesundheitsschädlichen Emissionen. Deshalb wurde ein Mobilitätskonzept erarbeitet, welches insbesondere auf die Förderung des Fahrradverkehrs abzielt, z. B. durch die Optimierung von Straßenquerungen und durch die Errichtung von Fahrradstraßen. Des Weiteren soll die Anzahl an Ladesäulen für Elektroautos von 5 auf 12 erhöht werden. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs steht ebenso in den Akten. Aus unserer Sicht ist es auch extrem wichtig, dass Pendler eine zeitlich attraktive und preislich akzeptable Alternative finden, um auf den Bus umzusteigen. Das tut dem Klima gut und hilft Staus aufzulösen. Ungenutzte Parkflächen könnten dann für andere Nutzungen gewonnen werden. Da sehr viele Menschen nach und aus Gütersloh mit dem Auto pendeln und es attraktive Zugverbindungen gibt, wäre diese Aufgabe lohnenswert. Leider hat dieses Thema im Klimaschutzkonzept seinen Stellenwert noch nicht ausreichend gefunden. Über die Schwierigkeiten der Umsetzung haben wir schon mehrfach berichtet.



### Informationsveranstaltung „Planen und Bauen für die Zukunft“ vom 12.7.2017 (Dr. Helga Jung-Paarmann)

Für die GNU ist der Flächenverbrauch schon seit vielen Jahren ein Dauerthema und deshalb haben wir 2002 die Ausstellung Landschaft im Wandel erstellt, die 2017 überarbeitet und aktualisiert wurde.

Die Ausstellung zeigt die Entwicklung in Bielefeld und im Kreis Gütersloh in der Vergangenheit seit 1837. Bei der Informationsveranstaltung, die die GNU mit Unterstützung durch die Stiftung Ravensberg am 12. Juli 2017 im Kreishaus Gütersloh organisiert hat, ging es um die Entwicklung in der Zukunft. Im Mittelpunkt stand die Frage:

**Wie kann so geplant und gebaut werden, dass einerseits die Bedürfnisse unserer Gesellschaft erfüllt werden:**

- Wohnraum,
- Lebensmittel- und Rohstoffproduktion,
- Erholung,
- Wirtschaft und Verkehr

und zugleich die Lebensmöglichkeiten für all die anderen Lebewesen erhalten bleiben, die doch die Lebensgrundlage auch für uns Menschen bilden.

Zu der Diskussionsveranstaltung, die ganz wesentlich von Marion Ernsting konzipiert und vorbereitet wurde, lud die GNU Vertreterinnen und Vertreter aus

- der Wirtschaft,
- den Kommunen,
- der Landwirtschaft,
- dem Umweltschutzes und
- der Zivilgesellschaft

ein, um ihnen einen Gedankenaustausch außerhalb der institutionalisierten Bahnen zu ermöglichen. Über 70 Personen sind unserer Einladung gefolgt. Alle sind in ihren Bereichen mit dem Ge- und Verbrauch von freier Fläche befasst.

Die Einführung und Moderation übernahm Michael Blaschke, Pressesprecher beim Landesbetrieb Wald und Holz NRW sowie Vorsitzender von Pro Grün Bielefeld e.V.



Zwei Impulsreferate stimmten die TeilnehmerInnen auf das Thema ein:

**Detlef Gerdts – Leiter des Fachbereichs Umwelt und Klimaschutz der Stadt Osnabrück** und Mitbegründer des Bodenbündnisses europäischer Städte ELSA e.V. – referierte zum Thema **„Reduzierung des Flächenverbrauchs durch konsequente Nutzung der Brachenpotentiale“;**

**Petra L. Müller – Architektin in Münster** – berichtete, wie urbane Ressourcen genutzt werden können, indem vorhandene Gebäude umgenutzt oder aufgestockt werden und bestehende Bebauung verdichtet wird.

Es folgten Stellungnahmen zum **Gewerbegebietskonzept des Kreises Gütersloh von Andreas Westermeyer für die Landwirtschaft (Kreisverband Gütersloh), Harald Grefe für die IHK (stv. Hauptgeschäftsführer) und von Wilhelm Gröver, Leiter der Abteilung Umwelt des Kreises.** Für die anschließende Diskussion standen außerdem Juliane Jörissen vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse in Karlsruhe und Christoph Weber, Dezernent für Regionalentwicklung im RP Detmold zur Verfügung.

Es folgten zahlreiche Nachfragen an die Referenten und Fachleute und Beiträge aus dem Publikum. Die lebhaften Diskussionen konnten im Anschluss an die Veranstaltung an den Stehtischen vor dem Veranstaltungssaal bei einem kleinen Imbiss fortgesetzt werden, um geben von der erneuerten Ausstellung „Planen und Bauen für die Zukunft. Landschaft im Wandel“.

Die GNU bekam viel Lob für die wohl durchdachte und gut organisierte Veranstaltung. Nun hoffen wir, dass sie zu einem sorgsameren Umgang mit Freiflächen beiträgt. Die Referate und Diskussionsbeiträge wurden aufgezeichnet und werden als GNU-Spezial 2018 veröffentlicht. Außerdem stehen sie dann auch auf unserer Homepage zur Verfügung.





### Flughafengelände Gütersloh aus Sicht des Naturschutzes

(Ulrich Zurlinden)

Im Jahr 2010 hat die damalige Britische Regierung angekündigt, ihre Streitkräfte bis zum Jahr 2020 schrittweise vollständig aus Deutschland abzuziehen. Davon ist auch Gütersloh betroffen. Ca. 6000 Soldaten und Familienangehörige werden die Stadt Gütersloh verlassen oder sie haben sie bereits verlassen. Das Flughafengelände an der Marienfelder Straße wurde im November 2016 geräumt. Bis 2019 soll auch das Kasernengelände an der Verler Str. (Mansergh Barracks) geräumt werden. Das ist ohne Zweifel eine historische Zäsur für die Stadt. Geht hier doch eine Geschichte zu Ende, die 1945 mit der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Streitkräfte begann und die dem Nazi-Regime damit ein Ende bereitete.



Bild: Ganz viel Platz - die fast 3 km lange ehemalige Landebahn auf dem Flughafen.

Der Flughafen wurde 1935 für militärische Zwecke von der deutschen Luftwaffe errichtet. Die Flächen von insgesamt rd. 340 ha befanden sich ursprünglich teilweise auf Marienfelder und Herzebrocker Gemeindegebiet. Diese Teilflächen wurden bis 1943 in das Stadtgebiet Gütersloh eingemeindet. Seit Mitte der 30er Jahre war das Flughafengelände für die Bevölkerung eine Tabu-Zone. Jetzt kann die Fläche nach vielen Jahrzehnten der militärischen Nutzung wieder als Teil der Stadt wahrgenommen werden, der am Ende allen zugänglich sein sollte. Der Flugplatz Gütersloh wurde an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) übergeben und befindet sich damit vollständig im Bundesbesitz. Im ehemaligen Auengebiet der Ems, ursprünglich geprägt von Dünen, Flugsandfeldern und Heideflächen haben sich auf dem Flugplatz wertvolle - und vor allem - seltene Pflanzengesellschaften erhalten. Dazu beigetragen hat auch die fehlende landwirtschaftliche Nutzung und der dadurch unterbliebene künstliche Nährstoffeintrag sowie die regelmäßiger Mahd. Der Gutachter des Büros LökPlan, Herr Cordes, hat nach der Biotopkartierung 2013 festgestellt, dass „der Flugplatz ein historisches Fenster auf die Vegetation der alten Emsauenlandschaft (ist)“. Auch die Biologische Station Bielefeld/Gütersloh sieht das so: Auf dem Gelände des Flughafens wurden bei einer Kartierung im Jahr 2013

50 Brutvogelarten entdeckt, darunter eine Reihe von Rote-Liste-Arten wie großer Brachvogel, Wiesenpieper, Rohrweihe und Feldlerche. Gründe genug für die GNU zu fordern, diese Flächen möglichst schnell unter Naturschutz zu stellen und deren Pflege ebenfalls dauerhaft sicherzustellen.



Bild: Flughafen Gütersloh: Blick von Westen Richtung Landebahn

Das freigewordene Flughafengelände weckt aber natürlich nicht nur bei Naturschützern Begehrlichkeiten, sondern auch bei anderen Interessensgruppen. Inzwischen gibt es konkrete Pläne für ein interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet (GIB) mit einer Größe von über 120 ha. Nur zum Vergleich: Das neue GIB am Hüttenbrink in Gütersloh hat eine Fläche von 24 ha. Die GNU ist nicht so weltfremd, zu fordern, alle frei gewordenen Flächen gewerblicher Nutzungen zu entziehen. Bereits früh hatte sich in den Bürgerbeteiligungsprozessen, die seit 2012 durch die Stadt Gütersloh stattgefunden haben und an denen auch Vertreter der GNU aktiv teilgenommen hatten, ein Konsens (fast) aller Beteiligten herauskristallisiert: Was Grün ist soll Grün bleiben. Das ist eigentlich schon mal ein großer Erfolg, wenn man bedenkt, dass jahrelang noch eine Folgenutzung als Zivilflughafen diskutiert wurde.



Bild: Flughafen Gütersloh (Quelle: Integriertes Handlungskonzept „Princess Royal Barracks“ der Stadt Gütersloh, 2016)

Aber dieser Konsens wird jetzt mit einer geplanten Ausweitung der Gewerbeflächen auf Grundstücke, die nördlich des Flughafengeländes liegen, aufgebrochen. Dort, wo jetzt in der ehemaligen Engländeriedlung Flüchtlinge untergebracht sind, wo sich landwirtschaftliche Flächen befinden und wo früher Sportanlagen der Briten waren, soll ein großes Gewerbe- und Industriegebiet entstehen. Die notwendige Änderung des Regionalplanes wurde 2017 von den beteiligten Kommunen beantragt. Die GNU lehnt diese Ausweitung der Gewerbeflächen ab und fordert dazu auf, sich auf die jetzt schon überbauten Flächen südlich der Marienfelder Straße zu konzentrieren. Hier ist eine Fläche von rd. 90 ha für eine GIB-Nutzung vorhanden. Diese Fläche ist großgenug, den Gewerbeflächenbedarf der drei Kommunen Gütersloh, Herzbrock-Clarholz und Harsewinkel über viele Jahre zu sichern.



Bild: Ausweitung der GIB-Planungen auf dem Flughafengelände um weitere 24 ha auf Flächen nördlich der Marienfelder Straße (Quelle: Bezirksregierung Detmold, Vorlage Regionalratssitzung 11.12.2017)

Das Gebiet nördlich der Marienfelder Straße ist ökologisch wertvoll und weiter entwicklungsfähig. Es handelt sich teilweise um landwirtschaftliche Nutzfläche und ist nur in geringen Teilen überbaut. Es gibt dort eine parkähnliche Landschaft, teilweise mit altem Baumbestand. Nördlich grenzt wertvolles mageres Grasland an, das wiederum südlich von einem Bach begrenzt wird, der großes Renaturierungspotential hat (Welpgebach/Schlängenbach). Die Fläche ist im Landesentwicklungsplan als „Freiraum mit Überlagerung von Gebieten zum Schutz des Wassers“ und im rechtskräftigen Regionalplan als „Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich“ dargestellt.

Ca. 1/3 der Projektfläche ist gesetzlich festgesetztes Überschwemmungsgebiet. Nördlich grenzt ein Landschaftsschutzgebiet an. Man kann davon ausgehen, dass die Planflächen 1975 nur deshalb nicht in das Landschaftsschutzgebiet aufgenommen wurden, weil es von den britischen Streitkräften genutzt wurde. Südlich grenzt der bebaute Teil des ehemaligen Flughafengeländes an, auf dem ein GIB von rd. 90 ha Größe entstehen soll. Die

fragliche Fläche könnte eine bedeutsame Pufferfunktion haben, um dieses GIB von der Umgebung abzugrenzen.

Die Erschließung des zukünftigen GIB ist sehr kritisch zu bewerten. Die Kreuzung Marienfelder Straße/B 61 in Gütersloh ist schon heute regelmäßig überlastet. Die verkehrlichen Auswirkungen der Entwicklung des Flughafengeländes zum GIB werden durch die 24 ha zusätzliche Fläche noch problematischer.

Es gibt also in der GNU die Meinung, dass der Erhalt des Gebietes Priorität haben sollte. Die GNU hat diese Bedenken über das Landesbüro der Naturschutzverbände im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur beantragten Änderung des Regionalplanes vorgebracht. Der Verein nahm am Erörterungstermin in Detmold am 13.10.2017 teil und versuchte den Standpunkt zu verteidigen. Leider stand der Naturschutz aber zunächst auf „verlorenem Posten“. Sämtliche vertretene Träger öffentlicher Belange signalisierten eine Zustimmung zur begehrten Änderung des Regionalplanes. Leider auch die Untere Landschaftsbehörde des Kreises Gütersloh. Interessanterweise stellte sich aber nach dem Erörterungstermin der Westfälisch Lippische Landwirtschaftsverband ebenfalls gegen die Planungen, indem er den Ausgleich der Meinungen nicht erklärte.

Die in dieser Sache beschließende Sitzung des Regionalrates der Bezirksregierung Detmold war am 11.12.2017. Der Regionalrat hat in der Sitzung mehrheitlich für eine Änderung des Regionalplanes gestimmt. Die kritischen Stimmen der Naturschützer haben also bislang nichts bewirkt. Wir werden jetzt „einen hohen Preis“ für einen Ausgleich dieses bedeutenden Flächenverlustes verlangen. Das wäre z. B. eine großflächige Renaturierung der Emsaue südlich des Flughafengeländes und der angrenzenden, ebenfalls im Eigentum des Bundes befindlichen Flächen links und rechts der Ems.

Trotz dieses Rückschlages wird die GNU den Fortgang des Konversionsprozesses weiter kritisch begleiten, um das Beste für den Naturschutz herauszuholen.



## Öffentlicher Nahverkehr in Gütersloh

(Angelika Daum, Petra Peitz)



Ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr würde viele Menschen zum Umstieg auf den Bus bewegen.

### Was will die GNU erreichen?

Seit 10 Jahren setzt sich die GNU für ein Bussystem in Gütersloh ein, das Autofahrer bewegt, für viele Fahrten auf den Bus umzusteigen. Es wäre ein wirksames Mittel, den Verkehr zu reduzieren, was angesichts der zunehmend schlechter werdenden Gütersloher Luft - u.a. durch 5 Autobahnzubringer- dringend nötig wäre. Gleichzeitig würden weniger Flächen für Parkplätze benötigt. So wurde der riesige Flächenverbrauch in den letzten Jahren häufig durch neue Verkehrsflächen verursacht. Diese Probleme könnte eine gute kreisweite Anbindung durch Bus und Bahn wirklich nachhaltig lösen.

### Die Entwicklung der Fahrgastzahlen des „Neuen Buskonzeptes“: stark unterschiedliche Zahlen irritieren

Im Oktober 2014 wurde das „Neue Buskonzept“ der Stadtwerke Gütersloh (SWG) eingeführt. Ziel war eine merkliche Fahrgaststeigerung. Im Arbeitskreis Mobilität im Juli 2017 stellte die GNU deshalb die Frage nach der Fahrgastzahlenveränderung seit der Überarbeitung des Buskonzeptes.

Dort stellte die Vertreterin der SWG, Frau Harnitzsch, das Konzept als Erfolg dar. Die Fahrgastzahlen hätten um 74.400 zugenommen. Nach unseren Berechnungen ergab sich aus der Bilanz der SWG nach Einführung des „Neuen Buskonzeptes“ im Zeitraum von 2014 bis 2016 jedoch ein Verlust von 155.400 Fahrgästen.

Fahrgäste und Umsätze im Vergleich 2014 – 2016		
Jahr	2014	2016
Fahrgäste (SWG / Frau Harnitzsch)	3.683.000	3.757.400
Veränderung Fahrgäste gegebenüber 2014 (SWG / Frau Harnitzsch)		+74.000
Fahrgäste (laut SWG Bilanz)	3.696.600	3.541.20
Veränderung Fahrgäste gegenüber 2014 (laut SWG Bilanz)		-155.400
Differenz Fahrgäste (SWG / Fr. Harnitzsch gegenüber SWG-Bilanz)	-13.600	+216.200



Aktuell sieht es leider meistens so aus.

### Wie ist diese Differenz zu erklären?

Frau Hanitzsch erklärt hierzu, dass in ihrer Präsentation die Fahrgastzahlen auf Grundlage der von den SWG in Gütersloh verkauften Tickets dargestellt wurden ( Protokoll der Sitzung). Dabei wurden gewisse Nutzungszahlen zugrundegelegt, aus denen die Fahrgäste abgeleitet wurden. Darüber hinaus stellen Ihre Zahlen die Situation vor dem Einnahmeausgleich dar. Im Geschäftsbericht werden die Fahrgastzahlen dagegen nach dem Einnahmeausgleich aufgeführt.

Gütersloh ist Mitglied im Verkehrsverbund der Sechser, was dazu führt, dass die Fahrgäste auf ihrer Wegstrecke von A nach B gegebenenfalls die Leistung von mehreren Verkehrsunternehmen nutzen. Vor diesem Hintergrund müssen die Stadtwerke einen Teil ihrer Einnahmen an andere Verkehrsunternehmen abgeben.

Vor den geschilderten Hintergründen interpretieren wir die Zahlen so, dass die Stadtwerke Gütersloh 74.400 mehr „Fahrten“ verkauft haben. Diese fanden allerdings nicht nur in Stadtwerke-Bussen statt, denn hier wurde ein Verlust von 155.400 Fahrgästen ermittelt. Hierzu passt eine Information aus sicherer Quelle, dass die Bielefelder Regionalbusse, deren Nutzung auch mit den von den Stadtwerken verkauften Fahrausweisen möglich ist, mittlerweile ein gutes Drittel der Fahrleistungen innerhalb der Stadtgrenzen von Gütersloh erbringen.



**Die GNU fordert belastbare und vergleichbare Zahlen!**

Um das „Neue Bus-System“ bewerten zu können und um feststellen zu können, wie sich die Fahrgastzahlen insgesamt in den in Gütersloh fahrenden Bussen - und in welchen - entwickelt haben, muss es belastbare und vergleichbare Zahlen geben. Außerdem hätten wir gerne gewusst, wie viele Schüler befördert werden und wie viele sonstige Passagiere. Ziel ist es ja gerade, den sogenannten „Jedermannverkehr“ zu erhöhen. Inwiefern spielt hierbei die Anbindung an die Bahn eine Rolle? Zusammen mit den GRÜNEN stellten wir für unsere weiteren Ermittlungen darum im November 2017 detailliert Fragen an die Stadtwerke. Hier ein Auszug daraus:

- Haben die Stadtwerke Zahlen über die Fahrgäste im „Jedermannverkehr“ (= freiwillige Busfahrgäste)?
- Haben die Stadtwerke Zahlen über die Fahrgäste im Schüler-/Schülerinnen-Verkehr?
- Teilen die Stadtwerke die Aussage, dass für einen sachgerechten und zielführenden Vorher-Nachher-Vergleich Zahlen von Fahrgästen im „Jedermannverkehr“ und im Schüler-/Schülerinnen-Verkehr - z.B. aufgeschlüsselt nach Linien - benötigt werden?
- Wie hoch ist die Zahl der Fahrgäste bzw. der Anteil der Fahrgäste, die zwischen dem Stadtbus und dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) umsteigen? Gibt es Erkenntnisse zum Umsteigeverhalten für die Jahre 2014ff? Welche Anschlüsse vom Bus an den SPNV konnten nicht erreicht werden?
- Auf den Linien 201 (Avenwedde – Friedrichsdorf) und 211 (Blankenhagen – Niehorst) besteht eine starke Nachfrage in den Abendstunden. Gibt es eine differenzierte Analyse, die begründet, warum keine verlängerten Bedienzeiten mit Standardlinienbussen vorgesehen werden? Wann wird eine Verlängerung der Bedienzeiten in den Abendstunden für gerechtfertigt gehalten?
- Wäre der Platzbedarf am ZOB für ein Durchmesser System nicht ausreichend und eine Verlegung des ZOB überflüssig?

**Unser Votum**

Wir wünschen uns eine Orientierung an erfolgreichen Kommunen, die teilweise sogar kostendeckend bzw. mit Gewinn ein attraktives Bussystem fast rund um die Uhr anbieten. Es sind Bussysteme, die durch kurze Taktzeiten, intelligente Linienverbindungen mit zahlreichen Umsteigemöglichkeiten schon in den Stadtvierteln besonders attraktiv für die Nutzer sind. Zur Koordinierung und Entwicklung solcher Systeme, sehen wir professionelle Linienplaner als erforderlich an. Diese würden nur einen Bruchteil der Summe von rund 3 Mio. € kosten, welche die SWG als Zuschuss jedes Jahr für ein nicht attraktives Bussystem aufwenden.

**Für Bienen gefährlich  
Achtung Mogelpackung  
(Angelika Daum)**

**Misstrauen Sie diesem Zeichen!**

Die Firma Bayer wirbt damit auf ihren Spritzmitteln, die Sie fast in jedem Bau- und Garten-Center bekommen.



Durch das Bienen-Logo benutzen sogar Naturgarten-Freunde ohne schlechtes Gewissen diese Produkte. Es ist absolut unverständlich, dass die Firma Bayer das Logo NICHT BIENENGEFÄHRLICH, benutzen darf!! Der Wirkstoff Thiacloprid wird als LD50 eingestuft, was bedeutet, dass „ nur „ 50 Prozent der Bienen in einem bestimmten Zeitraum sterben!! Wie viele noch nach diesem Zeitraum sterben und wie die Brut geschädigt wird, interessiert nicht mehr. Thiacloprid ist ein nikotinähnliches Nervengift und gehört zu der Gruppe der NEONICOTINOIDE. Aus der Liste des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) geht hervor, dass der Verkauf schon seit dem 21.02.2016 verboten ist.

Wie über 1000 Studien ergeben, verwirren NEONICOTINOIDE Honigbienen so, dass sie nicht mehr zu ihrem Volk zurückfinden und sterben. Auch Wildbienen und andere Insekten sind davon betroffen. Vögel, die diese irritierten Tiere fressen, nehmen das Gift natürlich auch auf.



### **Kahlschlag Malvenweg verhindern ! Die GNU setzt sich für den Erhalt von wertvollem Baumbestand in der Stadt Gütersloh am Malvenweg ein. (Angelika Daum)**



Im April 2016 wurde im Planungsausschuss über ein Bauvorhaben des Bauvereins e.V. abgestimmt. Im Gütersloher Malvenweg sollte ein Wäldchen mit insgesamt 40 Bäumen gefällt werden, um dem Bau eines Wohnblocks mit 15 Wohneinheiten, darunter 5 Sozialwohnungen, Platz zu machen. Besonders erhaltenswert in dem Wäldchen sind 9 kerngesunde Eichen, die bereits über hundert Jahre alt sind und an dieser Stelle eine wertvolle grüne Oase inmitten einiger großer Wohnkomplexe bilden. Die GNU hat sich für den Erhalt dieser Bäume stark gemacht und führt folgende Argumente gegen den Kahlschlag an:

■ In einer Stadt, wo laut Bericht des Grünflächenamtes über die Hälfte der Stadtbäume in einem schlechten Zustand sind, ist jeder einzelne gesunde Baum überaus wertvoll. Um die Leistung dieser vitalen Baumriesen für die Luftqualität der Stadt Gütersloh auszugleichen, müssten pro Baum 2700 Bäume, also rund 30.000 neue Bäume gepflanzt werden! (Quelle: Aloys Bernatzky: Baum und Mensch, 1976, S. 16-20, Sauerstoffproduktion/ CO<sub>2</sub>-Verzehr - Was ist ein Baum wert?) Der Platz dafür ist gar nicht da und die Kosten gingen in die Millionen.

■ Die Gesundheit der Bürger hängt wesentlich von der Luftqualität ab. Ein Gutachten, das die Stadt bereits 2002- 2004 beauftragt hatte, ergibt, dass der Malvenweg - wie der größte Teil des besiedelten Stadtgebietes - mit schlechter Durchlüftung und erhöhten Immissionswerten „ zum lufthygienischen Lastraum mit eingeschränkter Luftqualität „ eingestuft wird. Obwohl der Verkehr sich in den letzten Jahren vervielfacht hat, nehmen die Verwaltung und die Politiker der CDU, SPD und UWG durch den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum weitere Einschränkungen der Luftqualität in Kauf und stimmten im Planungsausschuss für die Rodung des Wäldchens.

Es gäbe noch viele weitere Gründe (Bodenversiegelung, Lebensraum für Tiere, grünes, harmonisches Stadtbild, etc), die für den Erhalt der Bäume am Malvenweg sprechen. Die GNU hat sich engagiert, formal einen Antrag auf Erhalt des Wäldchens gestellt und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit durch Leserbriefe auf dieses Bauvorhaben gelenkt. Die Bemühungen gipfelten in einer öffentlichen Demonstration am Malvenweg im Januar 2017. Seite an Seite mit den GRÜNEN, der BfGt, den LINKEN und ca. 50 Umweltfreunden und Anwohnern, trat die GNU vor Ort für den Erhalt der alten Bäume ein.

Nach fast zehnmonatigem Einsatz der GNU für den Erhalt des hundertjährigen Baumbestandes ergab sich folgender Sachstand: Auch der zweite dahingehende Antrag der GNU wurde im Planungsausschuss am 23.05.2017 mehrheitlich von der CDU, SPD und UWG abgelehnt mit der Begründung, dass man preiswerte Wohnungen brauche. Da der Bauverein nach Protesten und Demos von seinem Bauvorhaben erfreulicherweise Abstand genommen hatte, ruht das Verfahren. Es wurde also nicht abgeschlossen und müsste mit jedem neuen Investor neu bearbeitet werden. Von Seiten der GNU auf jeden Fall mit Widerspruch, da der hohe ökologische Wert des Wäldchens u. E. keine Bebauung zulässt. Die Bäume im Rahmen einer Ausgleichsfläche zu schützen, ist nicht möglich – wie ein Gespräch mit der Umweltdezernentin Frau Lang ergab – da die Fläche schon die höchste Wertigkeit hat und als Ausgleichsfläche, wie vorgeschrieben, nicht mehr aufgewertet werden könnte. Es heißt also, weiter wachsam zu bleiben!



## Es geht auch anders

**Veranstaltung in Halle-Künsebeck am 6.10.2017 in Halle / Westfalen Referent Dr. Reinhard Seiß (Marion Ernsting)**



Die Initiatoren um (von links) Angelika Daum und Marion Ernsting (GNU), Beatrix Eulenstein als Pfarrerin mit sozial-diakonischen Aufgaben im Kirchenkreis, (von rechts) den Künsebecker Gemeindepfarrer Christian Stephan und Bio-Landwirt Hermann Künsemöller begrüßten den österreichischen Raumplaner Dr. Reinhard Seiß zu seinem Vortrag in Künsebeck. Foto: Kerstin Panhorst

Der Landwirtschaft werden in Deutschland jeden Tag 73 ha Boden (104 Fußballfelder) durch Bautätigkeit und Verkehr entzogen. Diese stehen dem Anbau von Nahrungsmitteln - bei knapp werdender Ackerfläche - nicht mehr zur Verfügung. Zum Abschluss des Weltacker-Projektes, welches diese Situation in Künsebeck darstellte, haben der evangelische Kirchenkreis Halle, ein Kreis um die Bio-Landwirte Christa und Hermann Künsemöller sowie die GNU Dr. Reinhard Seiß für einen Vortrag über den „haushälterischen“ Umgang mit Boden gewonnen. Dr. Seiß ist international in Gremien für Baukultur, Städtebau und Landesplanung als Berater tätig, schreibt Bücher und Artikel in renommierten Zeitungen zum Thema Bauen und lehrt an der TU Wien. Hier eine stichwortartige Zusammenfassung seines Vortrags am 05.10.17.

### Überblick über Flächensparaktivitäten in verschiedenen Ländern:

- Tirol: bis zu 123.000 € Förderung bei Verbauung einer Parzelle von nur 200 qm, was durchaus Steuerungswirkung entfaltet.
- Steiermark: beim Neubau von Einkaufszentren sind Mindeststellplätze unter oder über dem Gebäude zu errichten.
- Berlin - Brandenburg: Zur Entlastung von Berlin sollen neue Wohn- und Gewerbegebiete nur noch am Regionalbahnnetz ausgewiesen werden.
- Niederlande: Standort- und Bodenpolitik sind so restriktiv, das Baulandhortung, Grundstücksspekulationen und Zersiedelung nahezu ausgeschlossen sind. Je nach Standortqualität werden Wohnbaukontingente zugeteilt. Sie werden erst dann in Bauland umgewidmet, wenn sie im Eigentum der Kommunen oder einer (meist sogar staatlichen) Wohnbaugesellschaft sind.
- Kanton Zürich: Mit einer Volksinitiative, für die 100.000 Unter-

schriften nötig sind, setzten die Bürger im Kanton Zürich 2012 eine tiefgreifende Revision des Schweizer Planungs- und Baugesetzes durch. In den nächsten 20 Jahren soll kein neues Bauland mehr ausgewiesen werden. Bauerwartungsgebiete sollen aufgehoben werden. Hauptgrund ist der Erhalt regionaler Landwirtschaft zur Sicherung der Ernährungssouveränität.

### Marktregulierung auf kommunaler Ebene (Boden als knappes Gut)

- Verknappung des Baulandes insgesamt (Rückwidmung statt Neuwidmung)
- Brachflächen marktfähig machen durch: Brachflächen- und Baulückenkataster, öffentliche Förderung von Brachflächennutzung
- Verteuerung von Entwicklungen auf „Grüner Wiese“
- Belohnung von Kommunen für bodensparende Ortsentwicklung (etwa im Zuge von Finanzausgleich, Bedarfszuweisungen)
- Ausgleichszahlungen von Gemeinden, die an ungeeigneten Standorten oder in ungeeigneter Form prosperieren, an stuktur-schwache Kommunen, die ihre bauliche Entwicklung bewusst zurücknehmen (vgl. Stilllegungsprämie in der Landwirtschaft).

### Mögliche Steuern und Abgaben zur weiteren Regulierung

- „Entsorgungsgebühr“ als finanzielle Garantie für späteren Rückbau/ Entsiegelung nach Standortwechsel, Konkurs usw.
- Neuversiegelungsabgabe (auch für die öffentliche Hand, Beispiel Straßenbau)
- progressive Grundsteuer, Abwassergebühren und Infrastrukturabgaben (entsprechend Nutzungsdichte und Versiegelungsgraden)
- Bodenwertsteuer (im Fall von Bebauung, entsprechend der Bodengüte und des potentiellen Bodenertrages)
- Flächennutzungssteuer (im Fall von Bebauung, entsprechend der Eignung oder Nicht- Eignung einer Nutzung an einem bestimmten Standort sowie deren Beeinträchtigung der Natur)

### Auch der durch das Bauen induzierte Verkehr frisst Boden. Deshalb sollte:

- Der ÖPNV ausgebaut werden
- Der Autoverkehr beschränkt (teilweiser Rückbau von Verkehrswegen und Stellplätzen, Begrenzung von Straßenbreiten bei neuen Verkehrswegen) und verursachergerecht verteuert werden.
- Eine Bedarfsprüfung von Verkehrswegen erfolgen

Die GNU wird die Entwicklung genau verfolgen und über die Ergebnisse berichten.

### Kindergruppe Gütersloh im Jahr 2017

(Uta Greuner-Lindner)

Wieder hat sich die Kindergruppe der Gemeinschaft für Natur- und Umweltschutz (GNU) auf dem Bio-Bauernhof Roggenkamp in Gütersloh getroffen. Die Zusammenkunft der Mädchen und Jungen im Alter zwischen sieben und zwölf Jahren findet unter fachkundiger Anleitung von Ulrike Eggersglüß, der Chefin auf dem Hof Roggenkamp, sowie Angelika Daum und Uta Greuner-Lindner (beide GNU) statt.

Die Kinder haben die Möglichkeit, mit viel Spaß und allen Sinnen verschiedene Tätigkeiten in der Landwirtschaft kennenzulernen und auszuprobieren. Da dürfen die Hände schon mal schmutzig werden, wenn Kartoffeln gepflanzt, Wildkräuter gesammelt und kleine Lämmer gefüttert werden.

Der Spaß der Kinder gibt den Organisatorinnen recht. Ganz nebenbei werden den jungen Gästen Kenntnisse und Wertschätzung der heimischen Pflanzen und Tiere vermittelt. Das ist Landwirtschaft und Natur zum Anfassen in einem Betrieb, der dem Bioverband Demeter angehört und unter strengen Auflagen rein bio-dynamisch wirtschaftet. Dabei geht es stets um den respektvollen Umgang mit Erde, Pflanzen, Tieren und natürlich auch den Menschen.

**Die Treffen der Jungen und Mädchen finden jeweils an Samstagen von 14:30 Uhr bis 16:30 Uhr auf dem Hof Roggenkamp in Gütersloh-Isselhorst statt.**

Weitere Informationen über das Büro der GNU und Anmeldungen im Internet unter <http://www.gnu-gt.de/kindergruppe.html>



### GNU-Gütersloh – Jahresbericht 2017

**Unser GNU – Arbeitsjahr begann traditionell mit zwei mittlerweile gesetzten Arbeitseinsätzen im Januar und Februar in Kattenstroth bzw. auf dem Gebiet Niehorster Heide. (Dietmar Schulze-Waltrop)**

In der Nähe des Brockweges kümmerten wir uns nach Absprache mit der Stadt Gütersloh um ein wertvolles Kleinbiotop. Wir schnitten in diesem Regenrückhaltebecken am Knisterbach junge Erlen- und Weidentriebe, die ständig das Gewässer zu überwuchern drohten, zurück und schichteten das Astmaterial zu einer Benjeshecke auf. Besonders Kleinsäuger und Vögel schätzen diese Unterschlupfbereiche, die ihnen Schutz gegen Fressfeinde aller Art für Ihre Nachkommen bieten. Kopfwiden, die wir selbst dort vor einigen Jahren gepflanzt haben, bekommen stets ihren Pflegeschnitt bei dieser Aktion. Hiermit können sie ihre typische Gestalt entwickeln und vielen Lebewesen weitere Lebensräume sowie Nistgelegenheiten geben. Für die Anwohner dieser kleinen Wasserfläche bedeuten Spaziergänge um dieses Gebiet immer wieder nette Naturbeobachtungen. Der Eisvogel, Grau- und Silberreiher sind hier schon beobachtet worden. An warmen Frühlingstagen kommt man in den Genuss eines wunderschönen Froschkonzertes. Dann kann man dort auf einer neuen Bank den Blick auf den Tümpel in Ruhe genießen.

Wenn es das Wetter zulässt, laden wir zu allen Treffpunkten stets unsere Freunde von der Wohnstätte „Kiebitzhof“ ein. Sie helfen uns gerne, um Biotope zu pflegen und erleben auf diese Weise ganz eigene soziale Kontakte und für sie interessante Naturerfahrungen. Im Februar erfolgte diese Zusammenarbeit wieder auf dem Gebiet „Niehorster Heide“. Unter der Leitung von Herrn Bröskamp und Herrn Schulze (Kreisumweltamt) trafen wir uns mit Interessierten und dem Heimatverein Isselhorst, um die Heideentwicklung unter einer Stromtrasse an der Haarheide zu unterstützen. Bei bestem Arbeitswetter wurden dieses Mal auch mit schwererem Gerät aufkommende Kiefern-, Erlen- und Birkenschösslinge samt Wurzeln entfernt, um der aufkommenden Heide, dem Sandglöckchen und anderen Magerpflanzen zu ih-





rem notwendigen Licht zu verhelfen. Zahlreiche kleine Sandhäufchen deuteten darauf hin, dass hier schon fleißige Sandbienen die Einladung zum Nisten angenommen haben. Die Stadt Gütersloh hat in diesem Bereich zusätzliche Ausgleichsflächen erworben und versucht, durch Oberflächenabtragungen, sie zu nährstoffarmen Standorten zu entwickeln. In diesem Gebiet scheint das ehemalige „Heidedorf Gütersloh“ an einigen Stellen wieder seine ursprüngliche Landschaft zurück zu bekommen. Die Rolle der „Heidschnucken“ spielen hier gerne die Naturschützer und Heimatliebhaber. Im August 2018 bietet die GNU eine geführte Fahrradtour zu den letzten Heideflächen auf dem Stadtgebiet Gütersloh an. (s. Programmheft 2018)

„Ein gutes Jahr für Störche in NRW“ lautete in diesem Herbst eine Schlagzeile einer hiesigen lokalen Zeitung. Von dieser endlich einmal positiven Erfolgsgeschichte konnten sich Naturfreunde auf dem Fahrrad im Juli selbst überzeugen. Am 8. Juli bot die GNU des Kreises Gütersloh eine geführte Fahrradtour ins Rietberger Land an. Ziel waren die Naturschutzgebiete „Rietberger Emswiesen“ und „Steinhorster Becken“. Auf einer Feuchtwiese in der Nähe des Geländes der ehemaligen Landesgartenschau konnten zwei Familien mit jeweils 2 Jungvögeln bei einem verspäteten Frühstück mit dem Fernglas beobachtet werden. Im Jahr 2017 wurden 4 Horste in den Emswiesen und 2 Horste im Steinhorster Becken angenommen und jeweils 2-3 Jungvögel groß gezogen. Wir sahen alleine 9 Störche an diesem Sonntag auf den Wiesen des Emsrückhaltebeckens. Zu dieser Erfolgsgeschichte der Rückkehr des „Klapperstorches“ haben alle Personen einen Anteil, die sich unermüdlich für die Schaffung neuer Biotope und Renaturierung von heimischen Flussauen einsetzen. Unsere Mittagspause verbrachten wir in einem naheliegenden Bauerncafé in Westerwiehe bei Pflaumenkuchen mit Sahne und einem Pott Kaffee. Gut gelaunt und gestärkt waren die restlichen 20 Kilometer bis nach Gütersloh kein Problem für die „Biker“, zumal die Hälfte von ihnen Unterstützung aus der „Steckdose“ dabei hatten.

Am letzten Samstag im August findet regelmäßig jedes Jahr die Europäische Nacht der Fledermaus statt. Aus diesem Grunde veranstaltet die Ortsgruppe der GNU schon seit über 15 Jahren die sehr beliebte Fledermausnacht. Um die 80 Kinder und Erwachsenen waren bei wunderschönem Spätsommerwetter ins Parkbad gekommen, um in Form eines Films, Wissenswertes über die Nachtsegler zu erfahren. Anschließend berichtete der Fledermauskundler Martin Starrach über die Lebensweise dieser bedrohten Säugetiere. Er zeigte ebenfalls Möglichkeiten auf, wie jeder von uns, z. B. durch die Anpflanzung von Insektenweiden, zu ihrem Schutz beitragen kann. Danach ging es in den nahegelegenen Stadtpark, um Wasserfledermäuse an der Dalke bei ihrer abendlichen Jagd auf Mücken und Nachtfaltern zu beobachten. Die Kinder erfuhren zudem von den Vorteilen des orangefarbenen Lichts bei Straßenlaternen, die verhindern, dass die Insekten angelockt werden und allabendlich zu Tausenden dort verenden. Hier könnten Kommunen und Städte durch das Anbringen von

insektenfreundlichen Lichtern an Straßen und Wegen, Belange des Tier- und Umweltschutzes stärker berücksichtigen.

Unsere jährliche Abschlusswanderung führte uns auf den Hermannsweg. Startpunkt war das Gasthaus „Röwekamp“ bei Disen, welches schon im Bundesland Niedersachsen liegt. Von dort ging es recht schnell und steil in Richtung des Hauptkammes vom Teutoburger Wald hoch. Bei wunderschönem Winterwetter mit Schnee und Sonnenschein wanderten wir ca. 2 Stunden zum Luisenturm bei Borgholzhausen. In dem dortigen Gasthaus munde-te der selbstgebackene Kuchen mit dem frischen Filterkaffee nach so viel Bewegung besonders gut. Wer auf dem Rückweg noch Kondition hatte, konnte die vielen Stufen des Aussichtspunktes „Steinegge“ empor steigen und eine phantastische Aussicht auf den nördlichen Teil des Teutoburger Waldes genießen. Den Abschluss bildete ein gemütliches Beisammensein im Wirtshaus „Röwekamp“.

Zum Abschluss möchte ich mich bei allen Freunden, Mitstreitern und Naturbegeisterten bedanken, die bei Wind und Wetter unsere so wertvolle Arbeit für die Natur und Umwelt unterstützen. Es macht einfach Spaß sich mit netten Leuten in frischer Luft für eine gute Sache einzusetzen. Unsere Kinder und Enkelkinder werden es uns ganz sicherlich danken! Ich wünsche uns für das Jahr 2018 mehr Erfolgsgeschichten!



## **GNU-Steinhagen – Jahresbericht 2017**

**(Dr. Helga Jung-Paarmann)**



### **Aufbau eines Wildbienenstandes im Bürgerpark der Gemeinde Steinhagen am 25.2.2017**

Seit 25 Jahren beschäftigt sich die GNU mit dem Thema Wildbienen und engagiert sich, um deren Lebensbedingungen zu verbessern. Jetzt beginnt sich dies auszuzahlen: Wir bekommen zweckgebundene Spenden für diesen Bereich und die Möglichkeit, Wildbienenstände aufzubauen. Wir konnten große Wildbienenhotels in den Ortsteilen St. Vit und Batenhorst von Rheda-Wiedenbrück, im Friedhof von Wiedenbrück, in Herzebrock, auf dem Kiebitzhof in Gütersloh und auf dem Gelände der Landesgartenschau in Rietberg mit jeweils über 4000 Niströhren realisieren. Im denkmalgeschützten Franziskaner-Klostergarten haben wir einen kleinen Stand aufgebaut.

2017 kam ein Wildbienenstand im Bürgerpark der Gemeinde Steinhagen dazu..

Die Initiative dazu ging wieder von Ewald Birkholz aus. Nach mehreren Gesprächen mit der Gemeinde (der Umweltberaterin, einem Vertreter des Bauhofs, dem Bürgermeister) seit September 2016, in denen verschiedene mögliche Standorte geprüft wurden, konnte der Wildbienenstand mit Unterstützung durch den Bauhof der Gemeinde schließlich im Bürgerpark an einer öffentlichkeitswirksamen Stelle, die zugleich Nahrung für Wildbienen bietet, errichtet werden.

Die Handwerker, die die Wildbienenstände bauen und die Hölzer herstellen, arbeiten ehrenamtlich. Das Holz allerdings, das besonderen Anforderungen an Härte und Trockenheit genügen muss, ist kostspielig. Ein Stand, wie er in Steinhagen aufgebaut wurde, hat einen Wert von 1500 – 2000 €. Er wurde ermöglicht durch eine Spende der Deutschen Postadressen GmbH in Gütersloh. Die Dachziegel wurden von den Dachziegelwerken Nelskamp aus Schermbek gespendet.

Eine Informationstafel zur Bedeutung der Wildbienen zeigt zugleich Möglichkeiten, die Situation für Wildbienen zu verbessern. Die Gemeinde hat zudem ein Wildblumenbeet angelegt, das den ca. 30 Arten von Wildbienen und verschiedenen Schlupf- und Grabwespenarten, die das Bienenhotel bevölkern, Nahrung bietet.

### **Exkursion zu den Feucht- und Magerweiden im Naturschutzgebiet Jakobsberg in Steinhagen-Amshausen am 23. Juni 2017**

Mit dieser Exkursion führte die GNU ihre beliebten Erkundungen der Steinhagener Naturschutzgebiete fort. Das NSG Jakobsberg ist vor allem für seine Leberblümchen bekannt, aber diesmal war das Feuchtgebiet am Oberlauf der Schierenbeeke an der Kaistraße das Exkursionsziel. Dazu schreibt Matthias Glatfeld, der die Exkursion zusammen mit Annette Pagenkemper von der Unteren Landschaftsbehörde fachkundig leitete:

„Das Tal der Schierenbeeke mit dem angrenzenden Berghang ist im Jahr 1999 im Zuge des Landschaftsplans Osning in das bestehende Naturschutzgebiet ‚Jakobsberg‘ aufgenommen worden. Im Rahmen einer Landschaftspflegemaßnahme ist im Jahr darauf der verlandete Bachlauf wiederhergestellt und das ehemals sehr hochwertige, aber durch Nutzungsaufgabe vollständig überwucherte Feuchtgrünland wieder in extensiv bewirtschaftetes Grünland überführt worden. Die angrenzende Hangwiese konnte über das Instrument der Kompensation dauerhaft als Naturschutzfläche gesichert werden und wird seitdem - wie das Feuchtgrünland am Bach - als extensive Standweide bewirtschaftet. Im Laufe der Jahre hat sich auf dem flachgründigen, sandigen Boden eine wertvolle Magergrünlandvegetation mit zahlreichen charakteristischen Pflanzenarten entwickelt. Vor ca. 7 Jahren fand schließlich noch der Rückbau der benachbarten Fischteichanlage und die Wiederherstellung des naturnahen Quellbaches statt.

Einen starken Kontrast zur Magerweide auf saurem Sandstein bieten anschließend die bunten, artenreichen Wegsäume auf dem Plänerkalkzug südwestlich der Kaistraße mit Zittergras, Flockenblume, Skabiose und anderen selten gewordenen Pflanzen kalkbeeinflusster Magerwiesen.“

An der Exkursion nahmen ca. 25 Steinhagener BürgerInnen teil.



An unseren prachtvollen **Blühstreifen in Rheda-Wiedenbrück** erfreuten sich zahlreiche Besucher. Sogar die Presse berichtete ausführlich in einem halbseitigen Artikel darüber. Im Herbst wurden die abgeblühten Streifen vom Biolandwirt Bernd Vollmer fachgerecht gemäht und das Mähgut vom Bauhof entsorgt.

## Veranstaltungen Rheda-Wiedenbrück und Herzebrock-Clarholz (Ewald Birkholz)

Mit folgenden Schwerpunktthemen haben wir uns in diesem Jahr besonders beschäftigt:

Amphibienschutz, Wildbienen und andere Insekten, Landschaftspflege, Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildung, Insektenschutz, Glyphosat, Neonicotinoide, Gülle, Nitrate, Flächenverbrauch, Dieselskandal und Exkursionen.

Schon im Januar beginnen die Vorbereitungen für den **Amphibienschutz**. An zehn Stellen werden Fangnetze mit Eimern oder Straßensperren aufgebaut. Hier sind stets Abstimmungen mit den verschiedenen Bauhöfen notwendig. Deren Hilfe erleichtert uns die Arbeit. Viele Telefonate und Absprachen sind erforderlich bis die Einsatzpläne fertig sind.

Bereits seit 25 Jahre befassen wir uns mit **Wildbienen**. Unsere Erfahrungen konnten wir auf verschiedenen Seminaren vertiefen. Schon im Winter beginnen unsere Spezialisten mit der Herstellung geeigneter Nisthölzer. Die Qualität unserer Wildbiennisthölzer und unsere fachlich gute Beratung haben sich herumgesprochen. GNU-Wildbiennesthölzer hängen von Hamburg bis Österreich in den Gärten. Das weiteste Holz ist bis nach Kanada gekommen. Auf fünf öffentlichen Flächen standen bereits große Wildbienenwände mit je 4000 Niströhren. In Jahr 2017 kamen ein großer Stand in Steinhagen, sowie ein weiterer in Herzebrock dazu. Für das Jahr 2017 sind bereits drei weitere Großstände für Rheda-Wiedenbrück in Planung in Zusammenarbeit mit dem Grünflächenamt der Stadt.



Ein besonderer Tag war die **Besichtigung des denkmalgeschützten Klostersgartens im Franziskaner Kloster in Wiedenbrück**. Bruder Ferdinand, ein begeisterter Gärtner, führte uns durch „seinen“ Garten. Leider verstarb Bruder Ferdinand im November. Wir erinnern uns gern an ihn.



Um weiterhin aktuell zu sein, besuchten Mitglieder der GNU in Heidelberg ein fünftägiges Seminar zu Naturschutzfragen. Außerdem nahmen zwei Personen an einer ganztägigen Fortbildung der Bertelsmann-Stiftung zum Thema Insektensterben teil. Auf einer Fahrt der Lokalen Agenda nach Minden informierten sich Mitglieder über das Thema „essbare Stadt“.

An acht Tagen waren wir mit einem großen Beratungsteam auf verschiedenen Veranstaltungen mit GNU-Ausstellungsständen präsent. Hier konnten zahlreiche Beratungsgespräche (über Naturschutz, Gärten, Vögel, Wildbienen usw.) geführt werden. Die ganztägigen Veranstaltungen sind für alle Teilnehmer eine große Herausforderung.

In Zukunft müssen wir uns noch intensiver mit drängenden Zukunftssorgen befassen. Hier stehen Pflanzen- und Insektengifte, Flächenverbrauch, Dieselskandal u.a. auf der Agenda.

**Fassen wir die Herausforderungen gemeinsam an! Dazu brauchen wir immer wieder engagierte Helfer und Unterstützer!**

**„Keine Zukunft vermag gutzumachen, was du in der Gegenwart versäumst!“ (Albert Schweitzer)**



### Stellungnahme zu Erweiterung Nobilia (Uta Greuner-Lindner)

Der Küchenhersteller Nobilia mit Sitz in Verl will sein Werk in Verl-Kaunitz stark erweitern und dazu die angrenzenden Flächen nutzen.

Es handelt sich ausnahmslos um wertvolle Landschaftsstrukturen und schutzwürdige Bereiche (mehrere Biotope) mit einer reichen Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren, die zudem nicht im Besitz der Firma Nobilia sind. Um an die Flächen zu kommen, müssen diese aus ihrer Schutzwürdigkeit genommen werden. Als Kritikpunkte des Antrags werden seitens der GNU u.a. die Begründung des Bedarfs gesehen und eine mangelnde Prüfung von Alternativen.

Auf Betreiben der Firma Nobilia wurde dazu von der Stadt Verl im Jahr 2016 eine Änderung des Regionalplanes bei der Bezirksregierung in Detmold beantragt, um diese Flächen für eine zukünftige industrielle Bebauung der Firma zu sichern.

**Die GNU lehnt entschieden gemeinsam mit dem BUND die Pläne ab und hat dazu in einer detaillierten Stellungnahme ihre Gründe genannt.** Die aus naturschutzfachlicher Sicht schwachen Argumente der Firma Nobilia rechtfertigen nicht eine Ausnahmesituation, die Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Gebiete (zum Schutz der Natur gemäß Landesentwicklungsplanes) ist. Es ist auch nicht möglich, diese zerstörte Natur durch zerstückeltes „Wiedergutmachen“ in Form von neuen Flächen auszugleichen. Dies ist nicht so ohne weiteres möglich, da laut Gesetz der Schutz von „sensiblen“ Flächen Vorrang hat.

Dennoch gab im März 2017 der Regionalrat grünes Licht für die Erweiterung des Werkes in Kaunitz: 25 Hektar kann die Firma Nobilia nach dieser Entscheidung zusätzlich nutzen. Die Stadt Verl hat ihrerseits eine Änderung des Flächennutzungsplans als Voraussetzung bewilligt und einen Bebauungsplan für das Gebiet erstellt, alles unter der Voraussetzung, die Firma kann das bereits überplante Gebiet auch erwerben.

Der Verler Küchenhersteller will aber noch ein weiteres Werk auf 13 Hektar Fläche im künftigen Gewerbegebiet am Hüttenbrink in Gütersloh-Spexard errichten. Im April 2017 wurden die Pläne im Gütersloher Rathaus vorgestellt.





## Ablehnung Erweiterung der Schlachtkapazität Firma Tönnies (Uta Greuner-Lindner)

Im Juli 2017 stellte die Firma Tönnies Lebensmittel GmbH & Co.KG aus Rheda-Wiedenbrück den Antrag, die Schlachtkapazitäten auf zukünftig 3.500 t Lebendgewicht pro Tag zu erhöhen, was bedeutet, dass bis zu 30.000 Schweine täglich geschlachtet werden dürfen.



Die erste Genehmigung war 1991 der Neubau des Zerlegebetriebes der Firma Tönnies Lebensmittel an dieser Stelle in Rheda. Es folgten regelmäßig Erweiterungen und Änderungen, die zum Teil ohne eine Beteiligung der Öffentlichkeit genehmigt wurden. Die letzte Kapazitätserweiterung auf 3.000 Tonnen Lebendgewicht pro Tag wurde 2010 genehmigt und in 2013 eine bauliche Erweiterung. Diese baulichen und betrieblichen Veränderungen erfolgten weitgehend ohne öffentliche Beteiligung.

**In einer gemeinsamen Stellungnahme der Naturschutzverbände GNU und BUND wurde der Antrag abgelehnt, da die Unterlagen in fast allen Bereichen unvollständig waren oder erhebliche Mängel zeigten (Lärmschutz, Verkehr, Geruch). Der wichtige Bereich der Abwasserreinigung wurde gänzlich ausgeklammert und sollte in einem gesonderten Verfahren behandelt werden.** Auch fühlte sich die Firma Tönnies nicht von der IED-Richtlinie (2010/75/EU) der Europäischen Union betroffen, die für Schlachtereien und Fleischverarbeitungsbetriebe den „Stand der Technik“ vorgibt. Diese regelt besonders den Umwelt- und Arbeitsschutz, der in dem Antrag nicht ausreichend beschrieben ist. Nach Meinung der Naturschutzverbände ist die Erweiterung auf zukünftige Auslastung ausgelegt und hat als

Vorbildfunktion auch die zukünftig geltenden Regelungen bereits jetzt schon zu beachten (die übrigens auf Druck der Fleischindustrie bis heute noch nicht vollständig von der EU umgesetzt wurden). Außerdem fällt dieser Betrieb nach Rechtslage unter die Störfall-Verordnung. In diesem Fall gelten verschärfte Vorschriften in einem Havariefall.

Es gab erheblichen Widerstand auch aus der Bevölkerung, was sich am Erörterungsterm am 12.Juli 2017 im Reethus zeigte. Der Tagesordnungspunkt listet allein 20 Punkte auf, die an diesem Tag abgehandelt wurden. Das waren neben der Vorstellung und Erklärung zum Genehmigungsverfahren auch die über 100 Einwendungen, die zu den Themen Verfahrensfragen, Planungsrecht und Naturschutz auch die Bereiche Wasser, Lärm, Gesundheit, Gerüche, Verkehr, Tierschutz, Abfall und die Arbeitsbedingungen im Schlachthof waren. Der Werteverlust von Häusern und Grundstücken war ebenso ein Thema. Der Schluss war eine allgemeine Fragestunde zu Themen, die die Erweiterung betreffen, nicht aber Stand der Genehmigung sind. So wurde auf die Diskrepanz von einerseits der Konzentration von geförderten Schlachtungen hingewiesen, denen gegenüber die bäuerliche Tierhaltung einer Verdrängung standhalten muss. Es wurde von der Politik des Kreises gefordert, eine ländliche Selbstvermarktung der Kleinbauern als Alternative zu fördern. Das Klimaschutzkonzept des Kreises Gütersloh sieht keine weitere Steigerung von Emissionen (Wasserverbrauch, Treibhausgase...) vor, die aber so nicht eingehalten werden können. Die Wohnsituation der bei Tönnies Beschäftigten soll der Kreis Gütersloh besonders im Auge haben.

Was anfangs aussah, als würde der Kreis Gütersloh als zuständige Genehmigungsbehörde dem Antrag wie gestellt zustimmen, hat schließlich nach 4 Monaten Protest der verschiedenen Gruppen aus Natur- und Umweltschutz, Tier- und Arbeitsschutz und Parteien zu einem Umdenken beim Kreis Gütersloh geführt. Der Kreis erwägt, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen zu lassen. Die Entscheidung des Kreises zum Tönnies-Antrag wird erst in 2018 fallen.

Allen voran hat das „Bündnis gegen die Tönnies-Erweiterung“ mit rund 11.000 Unterschriften und 100 Einzeleinwendungen die meisten Menschen mobilisieren können. Durch diese Aktionen erhielt die Stellungnahme der GNU große Unterstützung. Die GNU beobachtet weiterhin den Genehmigungsprozess kritisch. Unklar ist z.B., wie die Firma Tönnies mit dem Fall umgeht, wenn die Druckrohrleitung ausfällt, die das gesamte Abwasser der Schlachtereie zur Kläranlage pumpt. Bisher gibt es nur vage Aussagen zu einer mobilen Entsorgung des Abwassers. Wie konkret innerhalb kürzester Zeit hunderttausend Liter Abwasser zur städtischen Kläranlage transportiert werden sollen, ist nicht bekannt. Weiterhin ist zu prüfen, ob der Betrieb in seiner jetzigen Form unter die Störfall-Verordnung fällt, die besondere Schutzmaßnahmen zwingend vorschreibt.

### Abfallentsorger Zimmermann 2017

(Ingo Achtelik)

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens bzgl. der Feststoffkonditionierungsanlage (FK-Anlage, Werk 4) des Sonderabfallentorsers Zimmermann begleitete die GNU, zusammen mit dem Verein „Das Bessere Müllkonzept“ (BMK), das Verfahren und unterstützte die betroffene Anwohnerschaft auch 2017.



*Zur Erinnerung:*

Im Frühjahr 2016 beantragte der Sonderabfallentsorger Fa. Zimmermann eine Kapazitätserweiterung seiner Feststoff-Konditionierungsanlage. Auf der Erörterung am 20.05.2016 wurden etliche Defizite und Mängel aufgezeigt: beispielsweise, dass es zu Überschreitungen bei den genehmigten Abfall-Annahmemengen oder zu Betriebsstörungen wie Staubaustritten bei den Silos gekommen ist. Außerdem wurden, die seit Jahren anhaltenden, massiven Geruchsbelästigungen insbesondere im Umfeld der Chemisch-Physikalischen Anlage (CP-Anlage) thematisiert.

Im Laufe des Jahres rief die Fa. Zimmermann einen sog. „Runden Tisch“ ins Leben, an dem neben betroffenen Nachbarn, VertreterInnen der Stadt Gütersloh und der Politik auch die Umweltverbände GNU und BMK regelmäßig teilnahmen. Dabei wurden unterschiedliche Punkte, u. a. gefährliche Stäube, Dioxin, Gerüche, ... thematisiert. Die Umweltverbände haben die Treffen des „Runden Tisches“ kritisch begleitet und ihre Positionen eingebracht. Fortsetzung folgt 2018.

Ca. ein Jahr, bis Mai 2017, beanspruchte die Bearbeitung der Einwendungen und Anträge der Umweltverbände und Privatpersonen durch die Bezirksregierung Detmold als Genehmigungsbehörde. In diesem Zusammenhang wurde die Fa. Zimmermann

aufgefordert, durch ein Gutachten überprüfen zu lassen, ob die Anlage unter die Störfall-Verordnung fällt. Außerdem musste sie ein zusätzliches Geruchsgutachten in Auftrag geben. So wurde mehrere Monate lang regelmäßig die Geruchssituation im Bereich des Industriegebiets „Isselhorst Awendwedde-Bhf.“ und dem angrenzenden Wohn-/Mischgebiet gemessen.

Parallel dazu dokumentierten Anwohner aber auch selbst die Geruchssituation vor Ort. Zusammen mit den Umweltverbänden wurden die Ergebnisse im Rahmen eines Informationsgesprächs bei der Bezirksregierung vorgestellt.

Die Überprüfung hat immerhin bewirkt, dass den Ursachen für Geruchsbelästigungen nachgegangen wurde und weiterhin wird. Die Geruchssituation scheint sich für die Anwohner nach vielen Jahren endlich zu verbessern.

Am 30. Mai 2017 erteilte die Genehmigungsbehörde die immissionschutzrechtliche Genehmigung für die Kapazitätserweiterung der FK-Anlage von 260 Tonnen auf 380 Tonnen pro Tag. Der Genehmigungsbescheid enthält eine Reihe von Auflagen: Dazu gehören beispielsweise neuartige Kupplungen für die Befestigung der Schläuche an den Silofahrzeugen, eine doppelwandige Ausführung der Schläuche und die Installation einer automatischen Beregnungsanlage zur Staubbeseitigung im Schadensfall.

Auch wurde eine wichtige Forderung der Umweltverbände aus dem Erörterungstermin, dass die FK-Anlage unter die Störfall-VO fallen muss, bestätigt. So konstatiert die Bezirksregierung, dass die FK-Anlage einen Betriebsbereich darstellt, der sogar unter die obere Klasse der Störfallverordnung fällt, was erhöhte Pflichten zur Folge hat, wie die Erstellung eines Sicherheitsberichts.

Gegen den Genehmigungsbescheid (GB) vom 24.05.2017 hat ein Anwohner/Nachbar mit finanzieller Unterstützung der GNU Klage erhoben. Für die Erstellung der erforderlichen Klagebegründung ließen die Umweltverbände den GB durch ihren Sachbeistand - ein Ingenieurbüro für Umweltschutztechnik - prüfen. Hierbei zeigte sich jedoch, dass die Basis bzw. Aussicht für eine erfolgreiche Klage nicht sicher gegeben war. Auch um kein finanzielles Risiko einzugehen, wurde die Klage schließlich zurückgezogen. Ungeachtet dessen, werden die GNU und das BMK die Umsetzung der im GB festgesetzten Auflagen und umweltrelevanten Punkte weiter kritisch begleiten und etwaige Verstöße oder Defizite gegenüber der Genehmigungsbehörde/der Fa. Zimmermann zur Sprache bringen.

Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre wird die GNU beim Thema Sonderabfall/Fa. Zimmermann auch 2018 gefordert sein.

## Unterschlupf für Biene und Ohrwurm

### Holzhäuschen

- Am haltbarsten sind Eiche, Esche oder Robinie.
- Nadel- und Weichhölzer sind nicht geeignet.
- Bohrer 2-8 mm; Tiefe: volle Bohrerlänge
- Die Bohrlöcher müssen innen und am Einflugloch faserfrei gebohrt werden.
- Frisches Holz bekommt schnell Risse, deshalb abgelagertes Holz verwenden.
- Niemals ins Stirnholz bohren!



### Bambus in der Dose

- Blechdose auf Leiste oder Brettchen schrauben.
- Bambusstängel (2-8 mm Innendurchmesser) auf Länge der Blechdose schneiden.
- Der Knoten im Bambus bildet den Endpunkt am Dosenboden.
- Auf faserfreies Schneiden achten (Laub-säge o.ä.).
- Die Stängel müssen stramm in der Dose sitzen.



### Brombeerstängel

- Von Gartenbesitzern kann man im Herbst stachellose Brombeerstängel bekommen.
- Diese sollten etwa 60 – 80 cm lang sein.
- Im Abstand von 5 – 10 cm in die Erde stecken oder besser an zwei kleine Querlatten anbinden.
- Einige Wildbienen bohren sich ins Mark dieser Stängel ihre Brutröhren selbst.



### Ohrwurmquartier

- Eine 50 - 80 cm lange Holz- oder Metallstange in einen Tonblumentopf stecken.
- Nach oben ca. 10 cm herausragen lassen.
- Damit der Topf nicht rutscht, eine kleine Sperre einbauen.
- Den Topf mit Stroh, Trockenmoos oder Holzwolle locker füllen.
- Mit Maschendraht unten verschließen.
- Diese Konstruktion im Schatten unter Sträuchern oder Bäumen in die Erde stecken oder aufhängen.



### Umweltschützer

Dies geht an alle Menschen,  
die sich für Umweltschutz engagieren:  
Euch gilt mein Respekt,  
Euch gilt mein tief empfundener Dank!

Dafür, dass Ihr Euch stark macht,  
wo Natur dem Geld geopfert werden soll,  
wo Zerstörung Gewinnmaximierung bedeutet,  
wo kopflos, seelenlos und gleichgültig  
an Schreibtisch und Computer  
Lebensraum zerstört wird.

Hut ab vor Jenen,  
die aller Übermacht zum Trotz  
sich gegen Konzernvisionen stellen  
und Behördenbeschlüsse hinterfragen,  
die nicht müde werden zu streiten  
für Pflanzen und Tiere, für Wiesen und Wälder.  
Für uns.

Ihr gebt der Verantwortung des Menschen ein Gesicht,  
wenn Ihr Umweltverschmutzung aufdeckt und anklagt,  
wenn Ihr lästig seid und immer wieder hinterfragt,  
wo vollmundig Versprechen geheuchelt werden.  
Ihr seid Anwalt und Streiter  
wo die Natur keine Lobby hat.

Eure Leidenschaft und Eure Liebe zur Natur  
machen Euch zu Kriegern des Lichts.  
Möge Eure Kraft nicht nachlassen  
und Euer Vorbild viele Nachahmer finden.

Mögen Eure Stimmen gehört werden  
und den Menschen ins Bewusstsein bringen,  
wie schön diese Erde ist,  
wie dringend sie geschützt  
und erhalten werden muss.  
Unser Überleben hängt davon ab.

Irene Lichtenberg



Herausgeber:

**Gemeinschaft f. Natur- und Umweltschutz im Kreis Gütersloh e.V.  
Pellwormweg 7, 33334 Gütersloh**

Telefon: 0 52 41 / 92 79 86

Mail: info@gnu-gt.de

Internet: [www.gnu-gt.de](http://www.gnu-gt.de)

Die in den Beiträgen geäußerten Ansichten müssen nicht mit denen des Herausgebers übereinstimmen.  
Layout: Dipl. Des. Susanne Klück

### Beitrittserklärung

Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zur  
Gemeinschaft für Natur- und Umweltschutz im Kreis Gütersloh e.V.

Vor- und Nachname \_\_\_\_\_ geb. am \_\_\_\_\_

Strasse / Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse \_\_\_\_\_ Beruf \_\_\_\_\_

weiteres Familienmitglied / geb. am \_\_\_\_\_

weiteres Familienmitglied / geb. am \_\_\_\_\_

weiteres Familienmitglied / geb. am \_\_\_\_\_

Für meinen Jahresbeitrag bestimme ich folgendes:

- 18.50 € als Einzelmitglied**
- 24,50 € als Familie (bitte weiter unten angeben)**
- Freiwillig erhöhter Beitrag von € \_\_\_\_\_**

Zahlungsweise:

- Rechnung bzw. Überweisung**
- Sepa-Einzugsermächtigung**

Ich bin einverstanden, dass mein Beitrag jährlich von meinem Konto

IBAN \_\_\_\_\_ Institut \_\_\_\_\_ abgebucht wird.

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_